

(Linke) Parteien und ihr Klassenbezug 1998-2017¹

Veränderungen und Brüche im Generationenverlauf

Einer der wichtigsten Anhaltspunkte für die soziale Verankerung von Parteien bleibt die Entwicklung der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft. Im Ländervergleich sind die deutschen Parteien hinsichtlich ihrer Mitglieder am besten erforscht. Aus jeder im Bundestag vertretenen Partei wurden 1998, 2009 und 2017 jeweils 2.000 Mitglieder im Westen und 1.000 Mitglieder im Osten in Kooperation mit den Geschäftsstellen der jeweiligen Parteien mittels Fragebögen befragt. Die Rücklaufquoten variierten zwischen den Parteien, lagen aber sämtlich über 50% und damit vergleichsweise sehr hoch. Begleitend dazu wurden in den genannten Jahren Telefonbefragungen in der Bevölkerung durchgeführt. Diese Befragungen bilden in den Tabellen die Grundgesamtheit ab. Das ist nicht unproblematisch und muss bei der Interpretation mitgedacht werden. Die Ergebnisse dieser drei Studien sollen hier vorgestellt werden mit besonderem Augenmerk auf den linken Parteien. Die AfD war nicht Teil der Studie.

Schließlich erlauben es die Daten, den Fokus auf die Partei DIE LINKE zu richten, insbesondere auf ihre Verankerung in der Arbeiter*innenklasse und deren Veränderung in Zeitverlauf. Damit werden Rückschlüsse möglich auf die Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale der LINKEN. Das kann dazu beitragen, mehr Klarheit in manche Debatten innerhalb und außerhalb der Partei DIE LINKE zu bringen.

I. Mitgliederzahlen und Alterszusammensetzung

Die rege wissenschaftliche Debatte um das Ende der Parteien ist mittlerweile im medialen Mainstream angekommen. Seit den 1980er Jahren ist die Zahl der Parteimitglieder stetig gesunken und damit auch die Repräsentationsfähigkeit der Parteien.² Die SPD verlor von 1991 bis 2019 über die Hälfte ihrer Mitglieder. Bei anderen Parteien wie CDU und PDS/Linke sieht es kaum besser aus. Dies kann auch Tab. 1 entnommen werden, die die Mitgliederzahlen der Parteien zum Zeitpunkt der Studierhebungen wiedergibt.

In der Bevölkerung scheint es eine verbreitete Parteienverdrossenheit im Sinne einer allgemeinen Unzufriedenheit mit „den“ Parteien und einer zunehmenden

¹ Sofern nicht anders gekennzeichnet beziehen sich alle Daten und Fakten auf den Aufsatz von Markus Klein et al. 2019, der die Studienergebnisse zusammenfasst. Die Daten zur Studie 2017 bilden nur einen kleinen Ausschnitt und basieren lediglich auf der Vorveröffentlichung des Kapitels zur Sozialstruktur der Parteimitglieder, da sich die Studienveröffentlichung aufgrund des plötzlichen Todes des Studienleiters Prof. Tim Spier (2017) verzögert.

² Mit der kurzen Ausnahme der Wendezeit. Durch die Vereinigung der neu geschaffenen und gewendeten Ostparteien mit ihren westdeutschen Pendanten stiegen die Mitgliederzahlen unmittelbar nach der Wende kurz an, um dann noch schneller zu sinken.

Abstinenz hinsichtlich Parteimitgliedschaft wie Wahlbeteiligung zu geben, die medial zusätzlich befeuert wird. Dies wird mit zeitweiliger Wahlabstinenz und der „Erosion der Volksparteien“ begründet. Der Zeitpunkt dieser Debatte ist jedoch verwunderlich, denn er kommt zu spät. Erstmals seit 30 Jahren nahm 2017 die Anzahl der Parteimitglieder insgesamt wieder um 1,8% zu – übrigens auch in allen drei Parteien links der „Union“: SPD, Grüne und LINKE. Auch die Wahlbeteiligung steigt seit 2009 wieder deutlich an auf allen Ebenen, obwohl sie seit Ende der 1970er Jahre insgesamt eher gefallen war. Das liegt auch daran, dass der rechts denkende Teil der Bevölkerung mit der AfD wieder eine Repräsentanz gefunden hat. Die Rede von der Parteienverdrossenheit bezieht sich insofern primär auf die „Volksparteien“. Sie ist zumindest auch deswegen ungenau, weil die deutsche Bevölkerung nur bestimmte Parteien nicht mag, ihr jeweils politisch nahestehende Parteien aber durchaus schätzt (vgl. Niedermayer 2013: 61). Hinter der „Parteienverdrossenheit“ verbirgt sich eher eine Politisierung und Polarisierung der Gesellschaft.

Tab.1: Mitgliederzahlen der Parteien zum Zeitpunkt der Studierhebung

	1998	2009	2017	2019
CDU	626.342	521.149	425.910	407.350
CSU	178.755	159.198	140.983	140.880
FDP	67.897	72.116	63.050	65.500
Grüne	51.812	48.171	65.065	95.000
SPD	775.036	512.520	443.152	419.300
PDS/LINKE	98.624	78.046	62.300	61.000

Quelle: Niedermayer 2019/ ZEIT 2020

Eine zweite mögliche Ursache der scheinbaren Parteienverdrossenheit liegt in der Überalterung der Parteien. Das betrifft vor allem CDU/CSU und SPD. Während 1998 der Anteil der über 65-jährigen noch ziemlich genau ihrem Anteil in der Bevölkerung entsprach, machten 20 Jahre später die über 65-jährigen die Hälfte aller Parteimitglieder aus, während ihr Anteil in der Bevölkerung nur um 2% auf 27% gestiegen war. Die Mitgliederkrise der Volksparteien besteht eher im fehlenden Nachwuchs, der etwas mit den veränderten politischen Präferenzen der Jüngeren zu tun hat. Das Ableben der so genannten Volksparteien als Volksparteien dürfte noch mindestens bis zum Ableben der geburtenstarken Boomer-Generation auf sich warten lassen. Aber die generellen Abgesänge auf die Parteien sind falsch. Grüne, LINKE und FDP haben sich in den letzten Jahren im Vergleich zu den Jahrzehnten davor eher wieder erholt (und auch die CSU ist weit weniger vom Mitgliederschwund betroffen als die CDU).

Die ehemalige Rentnerpartei DIE LINKE.PDS war 2017 die Partei mit dem höchsten Anteil an Mitgliedern unter 34 Jahren, knapp gefolgt von den Grünen.

Bis 2017 wurde DIE LINKE als Hauptgegner der AfD wahrgenommen. Das änderte sich 2017 mit den Diskussionen um Migration und „Unteilbar“. Seitdem erleben die Grünen einen Mitgliederboom (+30.000 Mitglieder 2017-2019). Trotzdem: Lange sah es so aus, als hätte DIE LINKE/PDS keine Zukunft bei einem Anteil der über 50-jährigen von 85% und einem Rentneranteil von 70% im Jahr 1998. Das ist mittlerweile anders, die Partei hat sich erheblich verjüngt. Allerdings verläuft dieser Trend regional sehr unterschiedlich. Während DIE LINKE im Westen 2017 die jüngste Partei war, lag der Altersdurchschnitt in Landesverbänden wie Mecklenburg-Vorpommern kaum verändert mit 83% bei den Ü50-Mitgliedern und allein 31% Ü80-Mitgliedern. Bei der LINKEN im Osten wie bei der SPD insgesamt sind weiter stark sinkende Mitgliederzahlen zu erwarten, sollte sich nicht politisch oder organisatorisch einiges ändern.

Die verstärkte Politisierung und das Aufkommen der AfD zeigen, dass das Schwinden der Mitgliederzahlen kein Naturgesetz ist. Die Parteien sterben nicht aus, wie es vielfach heißt. Das Parteiensystem und die Parteien verändern sich lediglich, und womöglich erleben wir gerade eine Trendwende.

II. Von der Arbeiter- zur „Volkspartei“

Das Feld der Parteipolitik ist heute – mit Blick auf ihr Führungspersonal der verschiedenen Ebenen – größtenteils akademisiert. Die Akademisierung der Funktionäre, Parteiapparate und Mandatsträger der Parteien hat schon vor Jahrzehnten begonnen. Unter den Parteimitgliedern hat sie sich in den letzten 10 Jahren allerdings eher abgeschwächt. Vor den nackten Zahlen und der Entwicklung der letzten Jahre muss aber noch einmal die klassenpolitische Entwicklung der SPD knapp rekapituliert werden, um die Dramatik und das Dilemma der heutigen politischen Linken zu verstehen.

Warum rückte die politische Linke lange Zeit den Industriearbeiter in den Vordergrund? Weil die modernen linken Parteien fast sämtlich aus der (meist urbanen) Industriearbeiterschaft entstanden sind. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wandelten sich die Arbeitsverhältnisse massiv. Arbeiteten 1800 noch 62% der Menschen auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands in der Landwirtschaft, sind es heute nur noch ca. 1%. Erst die neu entstandene große Industrie und die Urbanisierung ermöglichten die Entstehung der Organisationen der Linken: ihrer Parteien und Gewerkschaften (vgl. Bartolini 2000; Abendroth 1965).³

In der alten SPD war es bis in die 1960er Jahre selbstverständlich, dass die Mehrheit der Mitglieder in der Industrie tätig war. Die SPD war lange die Partei der *aufstrebenden*, städtischen, qualifizierten und gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter.⁴ Die Landarbeiter – 1900 immerhin noch 40% der Lohnabhängi-

³ Das ist international gesehen auch heute noch so: Die Verlagerung der Industrie aus den Industrieländern in die Schwellenländer führt dort zu einem gewaltigen Anstieg von Streiks, neuen Gewerkschaften usw. (vgl. Silver 2005).

⁴ Dasselbe gilt mit Einschränkungen auch für die KPD. Sie organisierte in der Weimarer Republik in hohem Maße auch Arbeitslose, aber 1949 im Westen mehrheitlich Industriearbeiter (vgl. Staritz 1986: 1664f/1728).

gen – hatten mit der politischen Linken nie etwas zu schaffen (vgl. Lösche/Walter 1992: 14ff; Vester/von Oertzen 2001: 127; Kocka 1990: 378ff./432f./442f.). Um die absteigenden Teile der Arbeiterklasse hat sich die SPD auch mehr oder weniger bewusst nicht gekümmert. Die Landarbeiter waren zwar immer wieder Thema, doch die Haupttheoretiker wie Kautsky hatten darauf gesetzt, dass sich der Kapitalismus schon um „das Problem“ kümmern würde. Auch die Brandt-SPD setzte auf den „Fortschritt“ – das waren unter den neuen Bedingungen des Kapitalismus seit den 1960er Jahren insbesondere der wachsende öffentliche Dienst und die Angestellten, weniger die Industriearbeiter (vgl. Lösche/Walter 1992: 83ff., 93ff., 132ff., 145ff.) Die aktive Industriearbeiterschaft inkl. ihrer Angehörigen machte 1970 etwa 40% der Bevölkerung aus, aber sie war wegen der beginnenden Globalisierung und Industrialisierung der Schwellenländer schon auf einem langsam absteigenden Ast. Die wirtschaftliche Umstrukturierung und die Spezialisierung Deutschlands auf „diversifizierte Qualitätsproduktion“ (Abelshauer 2011: 365ff.) führte zu einem wachsenden Bedarf an berufsfachlich und akademisch qualifizierten Arbeitskräften. Auf diesen Trend setzte die SPD und rief die Bildungsexpansion aus. Weite Teile der Bevölkerung konnten mit diesem Trend gesellschaftlich aufsteigen. In die SPD strömten ab Ende der 1960er Jahre Akademikerinnen und auch Frauen. Zugleich verschwamm das Arbeiterbewusstsein der Industriearbeiterklasse genauso wie der Standesdünkel der Angestellten zugunsten einer gemeinsamen Arbeiternehmermentalität (vgl. Vester/von Oertzen et al. 2001: 124f.).⁵ Die SPD wurde so zur Partei der Industriearbeiter und AkademikerInnen bzw. der akademisch qualifizierten Angestellten – eben der ArbeitnehmerInnen im weitesten Sinne. Klassenanalytisch gesprochen wurde die Sozialdemokratie mehr und mehr nun zur Partei der Arbeiter, Angestellten und teilweise Beamten, mit starker Verankerung im öffentlichen Dienst, also insgesamt verankert in den verschiedenen Gruppen der „modernen“ Arbeiter*innenklassen und der lohnabhängigen Mittelschichten inklusive Teilen der Intelligenz. Dabei fällt der Rückgang der traditionellen Arbeiterklassengruppen (Stahl, Kohle usw.) mitsamt ihren Besonderheiten nach Qualifikation, Milieu und Kultur besonders ins Auge. Die SPD zu Zeiten Willy Brandts und danach verkörperte im Verständnis dieser Gruppen den Fortschritt durch ihr ausgerufenes Ziel einer Modernisierung der Gesellschaft und des Kapitalismus (vgl. Nachtwey 2009: 140ff.).

In der SPD – die seit Godesberg auch programmatisch jeden Klassenbezug ad acta gelegt hatte – führte die veränderte soziale Zusammensetzung schnell zu massiven Konflikten zwischen den Neu- und den Altmitgliedern. Die neue Brandt-SPD war programmatisch „Volkspartei“ und wollte das auch sein – was vor allem bedeutete, dass die Arbeiter den Vorrang verloren. Das hatte Konsequenzen für das Personal. Waren 1956 noch 44% der SPD-Abgeordneten im Bundestag ihrer beruflichen Herkunft nach Arbeiter, waren es 1977 nur noch 2%. Die Arbeiter verschwanden in Gänze – zwar nicht so schnell aus den Ortsvereinen und der Mitgliederstatistik, wohl aber aus den politischen Apparaten

⁵ Der DGB umwarb die Angestellten und versuchten auch die Nicht-linken Arbeiter anzusprechen indem die Organisation politisch weniger eindeutig von „Arbeitnehmern“ sprach (vgl. Raphael 2019: 127f).

und Institutionen. Diese Entwicklung setzte sich bis Anfang der 1990er Jahre komplett durch. Ab der Unterbezirksebene stiegen Arbeiter in der SPD in der Regel nicht mehr auf (vgl. Lösche/Walter 1992: 132ff./ 155ff.). Eine neue Generation promovierter Akademiker – wie etwa Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine, Wolfgang Clement, Thilo Sarrazin und andere – begann ab den 1970er Jahren ihren Marsch durch die SPD.

Während ein bedeutender Teil dieser SPD-Generation sich wirtschaftsliberalen Ideen öffnete, erfand Oskar Lafontaine nach vorherigem Liebäugeln mit einigen neoliberalen Ideen den Linkspopulismus und blieb dabei. Anders als noch in den 1970er Jahren vertrat u.a. Lafontaine (wie teilweise später auch die PDS) aber nicht mehr die aufstrebenden Teile der Klasse, sondern die Abgehängten.

Darin widerspiegelte sich eine tiefe Zäsur in der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland seit dem Anschluss der DDR 1990ff. Es kam zu einer radikalen Zunahme sozialer Ungleichheit und Polarisierung, einem starken Auseinanderdriften der Lohngruppen, einem massiven Rückgang der Tarifbindung und einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Gunsten des Kapitals und zu Lasten der Lohnabhängigen. Diese Entwicklung war in Ostdeutschland besonders ausgeprägt und führte dazu, dass das Problem der „Abgehängten“ zu einer der zentralen politischen Fragen für die Linke wurde, zumal sich zeigte, dass sich der Protest dagegen zu großen Teilen nach rechts, nicht nach links wendete (Leisewitz/Lütten 2018, S. 30ff.)

Unter dem Druck der Verhältnisse und aus einer Situation der strategischen Schwäche konzentrierten sich die Gewerkschaften zunehmend und in erster Linie auf die qualifizierten Kerne der Belegschaften und die Lohnabhängigen der noch immer gut organisierten, aber absteigenden Branchen (Kohle, Stahl usw.) und viel weniger auf die outgesourceten und prekären Teilen der Klasse („Randbelegschaften“, prekär Beschäftigte in den privatisierten öffentlichen Unternehmen usw.) (vgl. Deppe 2012).

Die Spaltung und zunehmende Zerklüftung der Klasse war ein Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Die neue SPD hingegen setzte mehr auf weltmarktorientierte Fraktionen der Arbeiterklasse und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Letztlich veränderte sich die Klassenbasis der politischen Linken überhaupt. Entsprechend ist das Verhältnis zu den absteigenden und aufsteigenden Teilen der Klasse heute ein der zentralen Streitpunkte – zumal eine breite Bildungsexpansion nach früherem Vorbild, die sozialen Aufstieg verspricht, heute als Zukunftsprojekt nicht in Aussicht steht. Zwar gibt es auch heute „Bildungsexpansion“, jedoch in geringerem Umfang und mehr im Sinne eines „Bildungswettbewerbs“ und eines „Mittels der Selektion“. Selbst akademische Abschlüsse münden heute oftmals in prekäre Beschäftigung. Und die frühere Erwartung von Eltern, dass ihre Kinder es (durch Bildung und Qualifikation) einmal besser haben würden, ist heute enttäuscht und ersetzt durch die resignative Hoffnung, der Lebensstandard möge wenigstens gehalten werden (vgl. Nachtwey 2016, S. 147ff.). Hier liegt vielleicht auch eine Antwort auf die Frage, warum diese Art Bildungsexpansion nicht politisch nach links drängt.

Relativ unkontrovers ist die Eingemeindung der Angestellten in die Klasse der Lohnabhängigen, die politisch von der Linken adressiert werden soll. Das geschah relativ geräuschlos, obwohl die Angestellten lange eher nicht zur politischen Linken hielten. Kontrovers hingegen wird die Frage der steigenden Zahl der lohnabhängigen und der prekär „selbstständigen“ Intelligenz (Hoch- und Fachhochschulabsolventen) diskutiert. Bei den neuen grünen Parteien bilden sie europaweit das Gros der Partei. Bei den neueren linken Parteien hingegen wie Podemos, Parti de Gauche oder Syriza bilden eher prekäre AkademikerInnen die Kernmitgliedschaft. Etwas anders sieht es in Deutschland aus. Nicht zuletzt, weil die Hoch- und Fachhochschulabsolventen hierzulande weniger prekär leben als in anderen westeuropäischen Ländern. DIE LINKE/PDS war und ist sozial viel stärker gemischt als andere europäische Linksparteien (vgl. Striethorst 2010: 93ff.).

III. Parteimitgliedschaft und Bildungsabschlüsse – weniger Akademiker, mehr Hauptschüler

Die Entwicklung der Bildungsabschlüsse ist ein wichtiger Indikator für die Sozialstruktur der Parteien und deren Veränderungen. Der Faktor wird zwar gerne vernachlässigt, ist aber möglicherweise zuverlässiger als die Selbstzuordnung der Befragten. Bildungsabschlüsse beschreiben keine Klassenlagen, geben aber doch einen wichtigen Hinweis auf diese, weil Bildung und Klasse in Deutschland in starkem Maß voneinander abhängen. Für die Intelligenz als Massenschicht des heutigen Kapitalismus ist die Verwertung einer spezifisch „akademisch“ qualifizierten Arbeitskraft (Hoch- und Fachhochschulabschluss) zudem konstitutiv.

„Akademisierung“ der Parteien?

Auf den ersten Blick scheinen die Parteien noch „akademischer“ zu werden, denn der Akademiker*innenanteil steigt weiter an (Tab. 2).

	1998	2009	2017
CDU	37%	38%	43%
CSU	30%	33%	34%
FDP	54%	56%	63%
Grüne	57%	68%	72%
SPD	33%	37%	41%
LINKE/PDS	54%	46%	51%
Parteimitglieder	37%	39%	44%
Gesamtbevölkerung	11%	14%	18%

Quelle: Klein et al. 2019: 88f.

Fast die Hälfte der Parteimitglieder aller Parteien hat mittlerweile studiert (44%) - im Vergleich zu nur 18% der Gesamtbevölkerung. In den 1990er Jahren gab es aber in den Parteien noch dreieinhalb Mal so viele AkademikerInnen wie in der Gesamtbevölkerung. Heute sind es „nur“ noch zweieinhalb Mal so viele. Der Anteil von Hoch- und Fachhochschulabsolvent*innen in den Parteien wächst also langsamer als in der Bevölkerung, da mittlerweile fast die Hälfte einer Generation ein Studium anfängt.

Einen überdurchschnittlich hohen Akademiker*innenanteil hatten 2017 Grüne, FDP und die LINKE. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien ist dieser Anteil bei der Linkspartei zwischen 1998 und 2017 jedoch nicht gestiegen, sondern zurückgegangen (Tab. 2).⁶

Anteil der Mitglieder mit Haupt- und Realschulabschluss sinkt langsamer

Der biografische Normalfall bei den Lohnabhängigen war über ein Jahrhundert lang die Volks- oder später die Hauptschule mit anschließender Lehre. Noch 1998 dominierte bei den Beschäftigten der Hauptschulabschluss mit 54% (Tab. 3). Heute hat nur noch ein Drittel der Bevölkerung einen Hauptschulabschluss, bei den Parteimitgliedern ein gutes Fünftel.

Tab. 3: Anteil der Mitglieder mit Hauptschulabschluss

	1998	2009	2017
CDU	29%	22%	20%
CSU	43%	32%	31%
FDP	15%	10%	8%
Grüne	7%	5%	4%
SPD	39%	28%	23%
LINKE/PDS	30%	19%	13%
Parteimitglieder	34%	24%	21%
Gesamtbevölkerung	54%	44%	36%

Quelle: Klein et al. 2019: 88f.

Doch verteilt sich dieser Anteil auf die Parteien unterschiedlich. Die CSU und die SPD sind 2017 die Parteien mit dem höchsten Anteil an Mitgliedern mit Hauptschulabschluss.⁷ Am schwächsten repräsentiert sind die einfachen Bil-

⁶ Im Bundestag stellen nicht die Grünen, sondern die AfD die meisten Abgeordneten mit Dokortitel, noch vor CDU/CSU und FDP. Vgl. Kintz/Cordes 2019: 42ff.

⁷ Der hohe Anteil in der CSU liegt allerdings auch an den spezifisch bayerischen Verhältnissen. Die Hauptschule ist hier nach wie vor ein wichtiger Pfeiler des dreigliedrigen konservativen Klassenbildungssystems. Die Zahlen der CDU geben den Trend genauer wieder.

dungsabschlüsse bei Grünen (4%), FDP (8%) und der LINKEN (13%). In diesen Parteien halbierte sich der Anteil der Mitglieder mit Hauptschulabschluss seit 1998. Nur sind die Ergebnisse unterschiedlich dramatisch. Die PDS hatte 1998 noch 85% über 50jährige Mitglieder; die LINKE bildet durch ihre Verjüngung eher die neuen Abschlüsse des Bildungssystems ab. Bei SPD und Grünen ist die Mitgliedschaft mitgealtert; trotzdem haben sie fast die Hälfte der Mitglieder mit Hauptschulabschluss verloren. Nachdem die ArbeiterInnen politisch ihre Repräsentanz in der SPD verloren haben, scheinen sie die SPD auch als Mitglieder verlassen zu haben. Bei den Grünen und der FDP spielen Mitglieder mit Hauptschulabschluss fast überhaupt keine Rolle.

Die Entwicklung bei den Mitgliedern mit Realschulabschluss oder mittlerer Reife sieht schon etwas anders aus. In der Gesamtbevölkerung stieg deren Anteil von 1989 bis 2017 von 27 auf 31% an, bei den Parteimitgliedern blieb er de facto konstant, wobei er 2009 höher als 1998 und 2017 lag (Tab. 4). Auch hier ist der Anteil bei Grünen, FDP und der LINKEN am geringsten, wobei er bei den Grünen und der FDP seit 1998 noch abgenommen hat. Dagegen nahm er bei der LINKEN durch den Zusammenschluss mit der WASG deutlich zu.

Tab. 4: Anteil der Mitglieder mit Realschulabschluss/mittlerer Reife

	1998	2009	2017
CDU	24%	26%	22%
CSU	21%	27%	26%
FDP	18%	17%	14%
Grüne	14%	11%	9%
SPD	17%	22%	22%
LINKE/PDS	10%	18%	18%
Parteimitglieder	20%	23%	21%
Gesamtbevölkerung	27%	29%	31%

Quelle: Klein et al. 2019: 88f.

IV. Erwerbsgruppen in den Parteien

Eine der gravierendsten Erkenntnisse ergibt sich nur indirekt aus der Studie. Die Selbstzuordnung als „Arbeiter“ zeigt einen krassen Bruch zu 1998 und steht im Widerspruch zur Realität. Die parallel erfolgte Schichteinschätzung geht in eine ähnliche Richtung, sieht aber nicht ganz so drastisch aus. Die Daten zu Erwerbslosen, Azubis usw. sind da wahrscheinlich aussagekräftiger.

Der große ideologische Rutsch der ArbeiterInnen – Oberklassenbewusstsein vs. Arbeiterklassenbewusstsein

In der Parteimitgliederstudie 1998 sagten noch 38% der Befragten, dass sie ArbeiterInnen sind. In der Studie 2017 sagten das nur noch 9% der Befragten, während der reale Anteil der Industriearbeiter*innen deutlich weniger sank (ca. 17-19% der Bevölkerung). Dafür geben mittlerweile 68% der Bevölkerung an, Angestellte zu sein. Das sind 27% (!) mehr als 1998. Ebenso sieht es bei der Selbsteinschätzung der Schichtzugehörigkeit aus. 1998 sagten noch 36% aller Befragten, der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht anzugehören. 20 Jahre später war es fast nur noch die Hälfte davon. Dabei hat die gesellschaftliche Spaltung eher zu- als abgenommen. Gegen den realen Trend ordnen sich also mehr Menschen der Mittelschicht zu. Dieses fehlende Bewusstsein dürfte vor allem den linken Parteien schaden. Andererseits steigt die Selbstzuordnung der Menschen zur Oberschicht insgesamt und vor allem bei der FDP. Das Klassenbewusstsein der Oberschicht scheint nicht nur intakt – auch deren Selbstbewusstsein scheint derart gestiegen, dass die Oberen ihre Stellung nicht mehr als „Mitte“ verschleiern und damit die Ungleichheit ganz offen zelebrieren.

Entwicklung der Berufsgruppen

Schon 1998 waren die ArbeiterInnen nur eine Minderheit in den Parteien.

Tab. 5: Parteimitglieder nach Berufsgruppen (LINKE und Parteimitglieder insgesamt)

	1998		2009		2017	
	LINKE/PDS	Gesamt	LINKE	Gesamt	LINKE	Gesamt
Arbeiter	17%	38%	19%	23%	17%	9%
Angestellte	39%	41%	32%	60%	32%	68%
Beamte/ÖD	45%	14%	34%	7%	35%	11%
Selbstständige	6%	6%	12%	9%	10%	9%
Akad. Freiberufler	4%	1%	4%	0%	6%	2%

Quelle: Klein et al 2019: 91f.

Die SPD hatte 1998 noch 22% Arbeiter*innenanteil, die PDS 17%. Dieser Anteil ist, außer bei der LINKEN und der CDU, überall gesunken. Die CDU hat ihren Anteil konstant gehalten (7%). Dies gilt auch für die LINKE, bei der sich aber vor allem der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten verringert hat. Dies hat wohl nicht nur mit dem Ableben vieler älterer ehemaliger Staatsbeschäftigter zu tun, sondern auch mit der Privatisierung im Bereich des Öffentlichen Dienstes. DIE LINKE liegt hier prozentual, aber nicht in absoluten Zahlen vor der SPD, die immer noch mehr ArbeiterInnen organisiert als DIE LINKE insgesamt Mitglieder hat. Und noch etwas bestätigen die Studien: *Die PDS und*

auch DIE LINKE waren nie Arbeiterparteien, sondern hatten nur den Anspruch, sie politisch zu vertreten (vgl. March 2013: 167ff.). Die PDS war ihrer sozialen Zusammensetzung nach offenkundig eine Partei der verrenteten Beschäftigten im Öffentlichen bzw. Staats-Dienst. Dennoch hat DIE LINKE im Gegensatz zu vielen anderen neueren linken Parteien in Europa einen relevanten Arbeiteranteil (vgl. Striethorst 2010: 93ff.). Das liegt auch an der Vereinigung mit der WASG, wie die Daten zeigen.

Schichtzuordnung

Die Angaben zur sozialen Selbstzuordnung (Tab. 6), die mit der Frage nach „Schichtzugehörigkeit“ erhoben wurden, sind natürlich höchst subjektiv und, da nicht an objektive Kriterien (z.B. Einkommenshöhe) gekoppelt, in ihrer Aussagefähigkeit schwer zu beurteilen. 1998 rechneten sich 36% der befragten Mitglieder der Parteien der „Unter-“ oder „unteren Mittelschicht“ zu. 2017 waren es noch 21%. Umgekehrt bezeichneten sich 1998 8% als Angehörige der „oberen Mittelschicht“, 2017 20%. Unter den parteiförmig Organisierten nimmt also der Anteil der Personen, die sich selbst der „Unterschicht“ zuordnen, ab, während der Anteil jener, die sich als Angehörige der „oberen Mittelschicht“ fühlen, zunimmt. Das letzteres besonders auf CDU und FDP zutrifft, ist nicht besonders verwunderlich.

Tab. 6: Entwicklung Schichtzugehörigkeit (Selbstzuordnung, LINKE und Parteimitglieder insgesamt)

	1998		2009		2017	
	LINKE	Gesamt	LINKE	Gesamt	LINKE	Gesamt
Unterschicht	0%	6%	9%	3%	7%	3%
Untere Mittelsch.	31%	30%	30%	27%	27%	18%
Mittlere Mittelsch.	26%	52%	35%	56%	40%	57%
Obere Mittelschicht	4%	8%	6%	12%	11%	20%
Keine Angabe	24%	4%	20%	1%	15%	1%

Quelle: Klein et al. 2009: 92ff.

Bei der SPD nahm der Anteil derjenigen, die sich der „Unterschicht“ zuordnen, von 22% auf 14% ab, bei den Grünen von 14% auf 11%. Nur bei der LINKEN sind diese Zahlen per saldo gestiegen (Zunahme von 1998 bis 2009, danach wieder leicht gesunken). DIE LINKE ist insofern die einzige Partei, die gegen den sonstigen Trend Mitglieder aus den unteren Schichten organisiert (über ein Drittel ihrer Mitgliedschaft 2017) und demgegenüber einen vergleichsweise geringen Mitgliederanteil aus der „oberen Mittelschicht“ hat (11%, alle anderen 25-51%). Möglicherweise haben aber auch nur die Mitglieder der LINKEN überhaupt ein Bewusstsein für eine solche sozialstrukturelle Zuordnung. Aber auch das wäre ein klares Unterscheidungsmerkmal der LINKEN.

Unorganisierte Arbeiterklasse in der politischen Linken: Erwerbstätige, Erwerbslose, Azubis und Rentner*innen

Altersgruppen: RentnerInnen vs. Vollerwerbstätige

Der wachsende Anteil von Älteren in der Gesellschaft zeigt sich auch in fast allen Parteien: Zunahme der Rentner*innen. In der CDU und der SPD stieg deren Anteil von 32% (1998) auf 51% (2017). DIE LINKE verzeichnete 2017 ebenfalls einen Rentner*innen-Anteil von 51%, jedoch bei rückläufigem Trend (Anteilsrückgang zwischen 1998 und 2017 von 70% auf 51%). Damit stellen die Vollzeit-erwerbstätigen überall die Minderheit in den Parteien. Das ist neu. Die einzige Ausnahme sind hier die Grünen. Weil die politische Linke im weiteren Sinne in dieser Übersicht besonders interessiert, hier die sie betreffenden Daten für 2017: Erwerbstätige (mit verschiedener Schicht- oder Klassenzugehörigkeit) in der SPD 34%, bei den Grünen 54% und der LINKEN bei überproportional hohem Rentneranteil nur 27%.

Erwerbslose

Die Zahl der Erwerbslosen in den Parteien ist seit 1998 zurückgegangen von 3% auf 1%. In der SPD ist ihr Mitgliederanteil von 4% auf 1%, bei den Grünen von 3% auf 1% in den letzten 20 Jahren gefallen. Bei der LINKEN hatte sich dieser Anteil von 5% (1998) über 8% (2009) auf 4% (2017) reduziert. Erwerbslose sind in allen Parteien bis auf DIE LINKE unterrepräsentiert.

Teilzeit und Azubis

Die Zahl der Auszubildenden in der Befragung ist von 1998 bis 2017 von 4% auf 5% gestiegen. Die Zahl der Teilzeiterwerbstätigen erhöhte sich von 9% (1998) auf 15% (2009) und 10% 2017. In der Mitgliedschaft der SPD spiegelt sich diese Entwicklung in etwa wider. Bei den Grünen schrumpfte der Mitgliederanteil der Azubis von 10% auf 7%; die Zahl der Teilzeiterwerbstätigen stagnierte gegen den Trend seit 2009. Anders bei der LINKEN: Zunahme der Teilzeiterwerbstätigen in den letzten 20 Jahren von 2% auf 9% und der Azubis von 1% auf 8% (Verdopplung seit 2009).

V. Organisierte Arbeiterklasse

Auffällig ist der Rückgang der Gewerkschafter*innen in den Parteien. Mit dem Rückgang der Gewerkschaftsmemberschaft insgesamt ist das nicht zu erklären (Tab. 7). Bei allen Parteien außer der LINKEN geht der Gewerkschafter*innenanteil dramatisch zurück: bei den christdemokratischen Parteien um ein Drittel von 2009 bis 2017, bei der SPD in den letzten 20 Jahren um fast ein Viertel auf 35%. Sie liegt damit nur noch knapp vor der LINKEN (33%). Insgesamt waren 2017 nur noch 20% der Parteimitglieder auch Mitglieder in einer Gewerkschaft, gegenüber 27% 1998. Das ist zwar noch deutlich mehr als im Schnitt der Befragten, widerspiegelt aber auch den längerfristigen Trend des Mitglieder- und damit auch politischen Gewichtsverlust der Gewerkschaften.

	1998	2009	2017
CDU	12%	13%	8%
CSU	12%	12%	8%
FDP	11%	9%	7%
Grüne	30%	26%	22%
SPD	45%	42%	35%
LINKE/PDS	23%	32%	33%
Parteimitglieder	27%	25%	20%
Gesamtbevölkerung	15%	14%	13%

Quelle: Klein et al. 2019: 94f.

Bei der LINKEN ist der Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern von 1998 bis 2009 deutlich angestiegen – was u.a. auf die Neumitglieder aus der WASG zurückzuführen ist. Von 2009 bis 2017 (+1%) hat sicher dieser Trend stark abgeschwächt. Das ist insgesamt zwar ein Zugewinn gegen den allgemeinen Trend und den starken Rückgang bei den anderen Parteien, für eine linke Partei dennoch zu wenig.

VI. Geschlecht

Überraschend ist der geringe Anstieg beim Frauenanteil in den Parteien, der von 1998 bis 2017 um ganze 2% auf 28% angestiegen ist (Tab. 8).

	1998	2009	2017
CDU	24%	25%	25%
CSU	16%	18%	19%
FDP	23%	23%	22%
Grüne	38%	38%	38%
SPD	26%	29%	31%
LINKE/PDS	43%	35%	36%
Parteimitglieder	26%	27%	28%

Quelle: Klein et al. 2019: 85.

Die Parteien haben hier ein großes Defizit – vor allem die CSU mit ganzen 19% Frauenanteil. Den höchsten Anteil haben Grüne und LINKE. Während der Frauenanteil bei der SPD um 5% stieg und bei den Grünen auf hohem Niveau stagniert, ist er bei der LINKEN von 1998 bis 2009 gesunken. Allerdings rührte der

für 1998 ausgewiesene hohe Frauenanteil der LINKEN vom höheren Frauenanteil in der PDS her. Der Westen hinkt hinterher, aber auch hier gibt es Unterschiede: Je südlicher das Bundesland, desto schlechter ist der Frauenanteil in den Parteien.⁸ Die Westausdehnung der LINKEN wie auch der geschlechterpolitische Backlash unter den jüngeren Frauen im Osten lässt ohne politische Maßnahmen sogar einen Rückgang des Frauenanteils in der LINKEN erwarten (vgl. dazu auch Wippermann 2016; Gutperl/Wolter 2019).

VII. Konfession und Migration

Der Anteil der Konfessionslosen steigt in allen Parteien an, ausgenommen DIE LINKE. Der Anteil der Kirchenmitglieder sinkt entgegen dem gesellschaftlichen Trend kaum. In CDU/CSU bekennen sich immer noch mehr als 90% als christlich; in der SPD noch über 60%, bei den Grünen über 50%. DIE LINKE ist ein Sonderfall: In der PDS waren 97% der Mitglieder konfessionslos. Durch die Westausdehnung der Linken ist der Anteil der Konfessionsgebundenen auf 22% gestiegen (darunter 8% katholisch, 12% evangelisch, 2% andere).

Über Migrant*innen wurden keine Daten erhoben. Hier lassen sich lediglich sehr begrenzte Rückschlüsse über die Religionszugehörigkeit ziehen. Der Studienautor Tim Spier stellt aufgrund der Daten fest, dass Muslime und Christlich-Orthodoxe in den Parteien nur einen Bruchteil der Mitgliedschaft ausmachen, aber sehr viel aktiver sind als andere Mitglieder (Spier 2011: 103).⁹ Eine Begründung dafür nennt er nicht.

VIII. Schlussfolgerungen für die politische Linke

Die Parteimitgliederstudien geben Auskunft über den sozialen Charakter der Linkspartei und liefern Anhaltspunkte für eine linke Klassenpolitik. Sie zeigen, dass die Linkspartei im Vergleich mit SPD und Grünen verschiedene soziale Alleinstellungsmerkmale aufweist. Während die SPD und vor allem die Grünen immer weiter „akademisieren“, ist DIE LINKE die einzige auf Bundesebene agierende Partei links der Union, in der sich die Akademisierung eher abgeschwächt hat und die noch in nennenswertem Ausmaß Menschen aus der Arbeiter*innenklasse und den lohnabhängigen Mittelschichten organisiert. Bei der LINKEN ist der Anteil derjenigen, die sich selbst der „oberen Mittelschicht“ zuordnen, deutlich geringer als bei den anderen Parteien: Nur bei der Linkspartei steigt der Mitgliederanteil von Erwerbstätigen, Azubis und Teilzeitbeschäftigten an (vgl. Daten in Abschn. IV). Auch bei den Erwerbslosen ist die Linkspartei die einzige Partei, in der sie in relevantem Maße organisiert sind. Wie alle neueren linken Parteien hat sie zwar einen hohen Mitglieder-

⁸ Das zeigen die Daten der Landesverbände, die Alter und Geschlecht extra ausweisen.

⁹ Es lässt sich dadurch lediglich aussagen, dass nur ein kleiner Teil konfessionsgebundener MigrantInnen aus Bosnien und Russland sowie Afrika oder Asien (muslimisch) oder Ost- und Südosteuropa (Orthodox) kommt. Andere Konfessionen spielen quantitativ kaum eine Rolle. Ein erheblicher Teil der MigrantInnen ist aber nicht konfessionsgebunden (mehrheitlich aus Osteuropa) oder kommt aus katholisch geprägten Ländern (Polen, Italien, Frankreich, Spanien und Portugal).

Anteil an Akademiker*innen. Dieser ist gegenüber dem der PDS gesunken, was mit der besonderen Geschichte der PDS zu tun hat.¹⁰ Insgesamt ist die Linkspartei eine sozial durchmischte Partei mehrheitlich der lohnabhängigen Erwerbstätigen. Es wird auch deutlich, dass ihr soziales Profil sich von dem der Grünen und der SPD unterscheidet – trotz großer Überschneidungen in der Wählerklientel. Zwar ziehen Linkspartei und Grüne junge Mitglieder an, aber diese kommen aus unterschiedlichen sozialen Milieus, wie die Bildungsabschlüsse zeigen (Abschnitt III).

Der Umbau der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft stellt die politische Linke weiter vor große Herausforderungen. Zusätzlich verstärkt die Digitalisierung den Trend zu einerseits höher qualifizierter Arbeit und schafft andererseits einen erhöhten Bedarf an weniger Qualifizierten u.a. in Transport, Logistik, Reparaturen und einfachen Dienstleistungen. Der populäre Begriff der Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft sollte allerdings nicht missverstanden werden: Nach wie vor ist die (geschrumpfte) Industriearbeiterschaft produktiver Träger der Gesamtwirtschaft, Stichworte Automobil, Maschinenbau, Stahl, Chemie, Elektrotechnik, Bauwirtschaft. Der Anteil der personennahen Dienstleistungen und der dort Beschäftigten ist rasant gewachsen. Aber ein großer Teil der unternehmensnahen Dienstleistungen ist mehr oder weniger direkter Bestandteil des industriellen Wertschöpfungsprozesses, und ein großer Teil dieser Dienstleistungen geht in die industrielle Produktion ein (Urban 2018: 340ff.).

Die Industriearbeiterschaft ist, was ihre Interessenvertretung betrifft, durchaus sehr aktiv, aber unter den gegenwärtigen Bedingungen tritt sie über den Rahmen ihrer eigenen materiellen Interessen nur wenig als aktives, forderndes und gesellschaftspolitisch aktives Element auf. Der in Z seit 2016 halbjährlich veröffentlichte Streikmonitor dokumentiert das. Konflikte zwischen Kapital und Arbeit spielen weiter eine zentrale Rolle, zugleich weisen neue Beschäftigtengruppen aus dem Dienstleistungsbereich zunehmende Aktivitäten in sozialen und politischen Konflikten auf. Außerbetriebliche und außerparlamentarische Bewegungen und Konflikte haben zugenommen, richten sich zunehmend aber auch gegen kapitalistische Strukturen.

Diese Trends widerspiegeln die oben skizzierte zunehmende Differenzierung der heutigen Arbeiter*innenklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten. Die soziale Struktur der Linkspartei entspricht dem in gewisser Weise. „Dies könnte eine Stärke sein – setzt aber eine gegen jeden Irrationalismus resistente Strategie voraus, die die Interessen der unterschiedlichen Gruppen berücksichtigt und auf einen gemeinsamen antikapitalistischen Nenner zu bringen versucht. Die ist in der Tat heute angesichts der sozialstrukturellen Differenzierung der Gesellschaft eine der zentralen Anforderungen an sozialistische Politik“ (Goldberg u.a. 2017: 28). An einer verbindenden Klassenpolitik von Beschäftigten in Industrie und Dienstleistungssektor, von Qualifizierten und Unqualifizierten, Angestellten und Industriearbeiter*innen führt in Deutschland jedenfalls kein Weg vorbei (vgl. Riexinger 2018).

¹⁰ Der hohe Anteil von Angehörigen der Intelligenz in der PDS als Nachfolgepartei der SED hing u.a. mit der Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs in der DDR zusammen – ABFs und Hochschulen waren Ausbildungs- und Rekrutierungsstätten der neuen Fach- und Leitungskader der DDR, deren sozialer Aufstieg i.d.R. auch mit der Mitgliedschaft in der SED verbunden war.

Literaturverzeichnis

- Abelshauer, Werner (2011): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart. München.
- Abendroth, Wolfgang (1965): Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt.
- Bartolini, Stefano (2000): The Political Mobilization of the the European Left 1860-1980. The class cleavage. Cambridge.
- Deppe, Frank (2012): Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute. Eine Einführung. Köln.
- Ehling, Janis (2019): Die deutsche Sozialdemokratie vor dem Untergang – zerrieben zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus? PROKLA 196.
- Fülberth, Georg (1990): KPD und DKP 1945-1990. Heilbronn.
- Gagné, Jérémie/Hilmer, Richard (2019): Wo genau ist Mitte-Links? Wert- und Policy-Profile sozialdemokratischer Parteien in Europa – aus Sicht der nationalen Wahlbevölkerungen (value gaps/ policy gaps). Ergebnisbericht von policy matters im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/15557.pdf> (letzter Zugriff: 1.2.2020).
- Goldberg, Jörg/Leisewitz, André/Reusch, Jürgen/Wiegel, Gerd: Das Ergebnis der Bundestagswahlen 2018: Ursachen der Rechtsentwicklung (Teil I). In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 112: 18-32.
- Grebing, Helga (1970): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München. DTV.
- Gutperl, Bettina/Wolter, Kerstin (2019): Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus der Bundesrepublik heute. Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 120.
- Kintz, Melanie/Cordes, Malte (2019): Daten zur Berufsstruktur des Deutschen Bundestags in der 19. Wahlperiode. Zeitschrift für Parlamentsfragen. 2019: 1.
- Klein, Markus/Becker, Philipp/ Czeczinski, Lisa/ Lüdecke, Yvonne/ Schmidt, Bastian/ Springer, Frederik (2019): Die Sozialstruktur der deutschen Parteimitgliedschaften. Empirische Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017. Zeitschrift für Parlamentsfragen. 2019: 1.
- Kocka, Jürgen (1990): Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert. Bonn.
- Leisewitz, André/Lütten, John: Neue Klassendiskussion. Anmerkungen zu Klassentheorie, Klassenverhältnissen und zur linken Strategie. Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 116: 26-39.
- Lösche, Peter/Walter, Franz (1992): Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Darmstadt.
- March, Luke (2013): Radical Left Parties in Europe. London.
- Nachtwey, Oliver (2009): Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party. Wiesbaden.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.
- Niedermayer, Oskar (2013): Keine Parteienverdrossenheit, aber Parteienkritik. Bürgerorientierungen gegenüber den Bundestagsparteien. In: Niedermayer, Oskar/ Höhne, Benjamin/ Jun, Uwe (Hg): Abkehr von Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest. Wiesbaden.

- Niedermayer, Oskar (2019): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2019. Arbeitshefte Otto-Stammer-Zentrum Nr. 30. Berlin. Freie Universität Berlin: https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/Arbeitsheft-Nr-30_2019.pdf (Letzter Zugriff: 26.1.2020).
- Raphael, Lutz (2019): Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgesichte Europas nach dem Boom. Frankfurt am Main.
- Silver, Beverly (2005): Forces of Labour. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Berlin.
- Spier, Tim (2011): Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien? In: Alemann, Ulrich von et al. (Hg): Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden. (Letzter Zugriff: 2.2.2020).
- Staritz, Dietrich (1986): Die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Stöss, Richard (Hg): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Bd. 3. Opladen.
- Striethorst, Anna (2010): Mitglieder und Elektorate von Linksparteien in Europa. In: Daiber, Birgit/ Hildebrandt, Cornelia/Striethorst, Anna (Hg): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa. Berlin.
- Urban, Hans-Jürgen (2018): Ökologie der Arbeit. Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik? In: Lothar Schröder/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Ökologie der Arbeit – Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Frankfurt/Main, S. 329-349.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter et al. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt am Main.
- Wippermann, Carsten (2016): Was junge Frauen wollen? Lebensrealitäten und Familien- und Gleichstellungspolitische Erwartungen von Frauen zwischen 18 und 40 Jahren. Berlin. Friedrich-Ebert-Stiftung: https://www.delta-sozialforschung.de/cms/upload/artikel-broschueren/Studie_JungeFrauen_final.pdf (Letzter Zugriff: 2.2.2020).
- DIE ZEIT (2020): SPD und CDU verlieren Mitglieder. In: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-01/parteien-cdu-spd-mitglieder-rueckgang> (letzter Zugriff: 28.07.2020)